

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Setzungsstörungen und in allen anderen Fällen

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Zeugungspreis: frei Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,90 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle und Redaktion: Oberbahnstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18690  
Sprechstunden: Montage von 10 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwoch von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen, Freitage von 10 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Zugpreis: Die neuzeit gezeichnete Monatszeitschrift oder deren Raum 0,35 RM, für Familienangehörige 0,20 RM, für die Restfamilie einschließlich an den dreifachen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM  
Anzeigen-Entnahme nach dem 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Oberbahnstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Zeugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 22. Oktober 1929

Nummer 247

## Landtagseröffnung im Zeichen der Reaktion

Landesversammlung der Volkspartei fordert „harte Haut“ gegen soziale Forderungen / Arbeiterproteste gegen Rohrlegerverhaftung  
Zündholzschacher abgeschlossen / 1170 Millionen-Steuer-Geschenk an das Kapital / 7 Todesurteile im Gasfonia-Prozess!

Ein Appell der kommunistischen Landtagsfraktion

### An die werktätige Bevölkerung Sachsens!

Der Abschluß des Youngplans stellt die deutsche Bourgeoisie lester in die Front der Imperialisten gegen die Sowjetunion und verschärft die Kriegsgelahr. Zu gleicher Zeit vollführen die deutschen Kapitalisten innenpolitisch die brutalsten Angriffe gegen die Arbeiterklasse. Eine schamlose Wucher- und Zollwirtschaft treibt die Preise der Lebensmittel in die Höhe. Die Teuerung wächst, die Steuerlasten drücken die arbeitenden Massen, neue Mieterhöhungen werden angekündigt.

Schon hat der Sozialdemokrat Wissell den Unterstützungsraub gegen die Erwerbslosen durchgeführt, der Hunderttausende von Erwerbslosen dem Hunger ausliefert.

Jetzt schickt sich der Sozialdemokrat Hillerding an, eine neue „Finanzreform“ durchzuführen, die eine weitere schwere Belastung der arbeitenden Massen darstellt. Die Zölle auf die wichtigsten Bedarfsartikel werden gewaltig emporgeschraubt. Ein neues Finanzprogramm soll durchgeführt werden, nachdem die Zahlungsverleicherung aus dem Youngplan in der Höhe von rund

700 Millionen RM den Kapitalisten als Steuergeschenk zurbanzt, während aus den arbeitenden Massen durch die sogenannte Alkoholsteuer 300 Millionen RM erpreßt werden sollen. Schon steht das Zündholzmonopol, das eine gewaltige Versteuerung des Zündholzverbrauches mit sich bringt, vor dem Abschluß, ein Tabakmonopol ist in Vorbereitung.

Die Rationalisierung und Monopolisierung in Industrie und Handel schaltet immer größere Mengen von Arbeitskräften aus, führt zum Bankrott einer großen Zahl kleiner und mittlerer Betriebe und wirft ihre bisherigen Besitzer in das Proletariat. Während die Notlage der Massen steigt, rüstet sich die Regierung zu einem

#### Angriff auf die sozialen Leistungen

Dem Abbau der Erwerbslosenfürsorge soll der Abbau der Sozialrenten und der Krankenkassenleistungen folgen. Reich und Länder gehen heute schon dazu über, die sozialen Leistungen von sich abzuwälzen und in weitgehendem Maße den Gemeinden aufzuladen. Der jetzt schon bestehende Finanzausgleich, der ebenfalls durch die Finanzreform eine weitere Verschlechterung erfahren soll, läßt schon dem größten Teil der Gemeinden nicht die Möglichkeit, ihre sozialen Aufgaben zu erfüllen. Hunderte von Gemeinden stehen vor dem Bankrott. Gegen die hungernden Massen entläßt die Bourgeoisie eine

#### Welle des faschistischen Terrors

Mit Duldung und positiver Unterstützung des Staatsapparates überfallen, mißhandeln und ermorden die Faschisten die hungernden, demonstrierenden Arbeiter, zerstören die Einrichtungen der proletarischen revolutionären Organisationen. Die Regierungen des kapitalistischen Staates und ihre Behörden terrorisieren die arbeitenden Massen durch den brutalen Einsatz ihrer Polizeiorgane, durch Gummiknüppel, Attacken und Niederschließungen.

#### Sachsen im reaktionären Reichskurs

Im Reiche wird diese Politik geführt von den Sozialdemokraten Müller, Hillerding, Wissell und Severing, in Preußen vollführen dieses Terrorregiment die Sozialdemokraten Braun und Grzesinski. An der Spitze der sächsischen Regierung steht der Volksparteiler und ehemalige Reichsanwalt Dr. Bünger. Es ist kennzeichnend für die Haltung der Sozialdemokraten, daß sich die Politik dieses Volksparteilers in nichts von der Politik des Sozialdemokraten Müller unterscheidet. Die sächsische Regierung stützt sich auf die Nationalsozialisten, die den Arbeitern und werktätigen Bauern und Kleingewerbetreibenden vorlegen, daß sie einen Kampf gegen die Großkapitalisten führen. Zu dem sächsischen Regierungsblock ist in letzter Zeit noch die käufliche Gruppe der Altsozialdemokraten gestoßen.

#### Die sächsische Arbeitslosigkeits-Katastrophe

Gerade die sächsische arbeitende Bevölkerung wird durch den Unterstützungsraub an den Erwerbslosen besonders hart getroffen. War doch Sachsen von jeher das Land der besonders starken Erwerbslosigkeit.

Die Zahl der Erwerbslosen ist in diesem Jahre fast doppelt so hoch wie im Vorjahre.

Gegenüber 94.029 Arbeitsuchenden am 14.9.1928 beträgt die Zahl der Erwerbslosen jetzt am 17.9.1929: 177.828; die Zahl der offenen Stellen ist im gleichen Zeitraum von 5327 auf 2094, also um mehr als die Hälfte herabgesunken. Es gibt in Sachsen Gemeinden, in denen die Erwerbslosigkeit über 11 Prozent der Einwohnerzahl umfaßt.

Die Einnahmen der Gemeinden werden auf das äußerste begrenzt, die sozialen Leistungen herabgesetzt. Für die Erwerbslosen, für die Verbesserung der Bezüge der Sozial- und Kleinrentner, für den Wohnungsbau hat die sächsische Regierung keine Mittel. Während für die gesamte Wohlfahrtspflege knapp 11 Millionen RM aufgestellt sind, gibt man

#### für Polizei und Justiz rund 90 Millionen RM

aus. Erst vor wenigen Wochen erließ die sächsische Regierung eine Verfügung, nach der die Behörden zur äußersten Ein-

### 7 Todesurteile im Gasfonia-Prozess

Neuport, 22. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Die Geschworenen in dem Prozess gegen die beim Mord an dem Polizeipräsidenten von Gasfonia angeklagten revolutionären Textilarbeiter haben sämtliche 7 Angeklagten des Nordes zweiten Grades für schuldig befunden. Die Angeklagten nahmen den Spruch der Geschworenen ruhig auf. Die Verkündung des Urteils dürfte noch gestern abend erfolgt sein.

Rur der Proletariat der Arbeiter der ganzen Welt kann die Mörder Saccos und Vanzettis erzittern machen und ihre neuen Opfer retten. Sendet sofort Telegramme und Proteste an die amerikanische Botschaft in Berlin! Betriebe! Arbeiterorganisationen! Nehmt sofort in eurer nächsten Versammlung Stellung zu dem neuen geplanten Justizmord!

Schränkung aller Ausgaben für soziale Zwecke aufgefördert werden.

#### Die Notlage der Gemeinden

ist in Sachsen besonders groß. Immer mehr Gemeinden stehen vor dem Bankrott. Die Leidtragenden aus dieser kapitalistischen Finanzwirtschaft sind die arbeitenden Massen. Die Gemeindesteuern werden auf das äußerste angepauert, die Preise für Gas, Wasser, Elektrizität, die Tarife der Verkehrsmittel werden heraufgeschraubt. Jetzt vollführt die Regierung einen

#### Angriff auf die kommunalen Betriebe

um sie den Privatkapitalisten auszuliefern; um Kredite nachsuchenden Gemeinden wird erklärt, sie sollen ihre Kommunalbetriebe veräußern oder in gemischtwirtschaftliche Betriebe umwandeln. Alle diese Maßnahmen sind die Anzeichen des verstärkten reaktionären Kurses. Während die Regierung die Großunternehmer schon, werden dem Landtag neue massenbelastende Steuergesetze vorgelegt.

Die arbeiterfreundliche Politik wird in Sachsen trotz einiger belangloser Differenzen von den gesamten Parteien, von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen durchgeführt.

#### Die sächsische SPD in der reaktionären Front

Die Sozialdemokraten stehen in Sachsen zu dieser Regierung in einer Scheinopposition.

Sie führen gegen die Angriffe der Regierung auf das Proletariat keineswegs ernsthafte Kämpfe, sondern halten zum Zwecke der Irreführung der Arbeiterschaft im Parlament nur mit einigen raddikalen Phrasen gewürzte Reden.

Wie im Reiche die Politik von sozialdemokratischen Ministern geführt wird, so unterstützen auch in Sachsen die Sozialdemokraten praktisch die Politik der Reaktion. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftler und die Führer der SPD verhindern jeden ersten Kampf der Arbeiter. Sie liefern die Arbeiter durch langfristige Tarifverträge und durch die kampflöse Verlängerung der laufenden Tarifverträge der schonungslosen Ausbeutung der Kapitalisten aus. Die sächsischen, sich gern als „linke“ be-

### Wieder ein neuer Kreuzer



Strapazierlauf des Kreuzers „Völgg“ in Wilhelmshafen.

zeichnenden Sozialdemokraten unternehmen nichts gegen die Klassenjustiz. Sie verteidigen aber den sozialreaktionären Kurs der Severing und Grzesinski. Sie mobilisieren die Streikbrechergarden gegen kämpfende Proletarier und schicken jetzt Streikbrecherkräfte gegen die Rohrleger in Berlin.

In den Gemeinden arbeiten die Sozialdemokraten in engster Gemeinschaft mit den Unternehmern.

Während sie im Lande aus demagogischen und agitatorischen Gründen der Regierungskoalition noch ferngeblieben sind, vollführen sie in einer Umengung von Gemeinden die offene Koalitionspolitik. Ein Beispiel dafür ist die Landeshauptstadt Dresden. Hier vollführen der Volksparteiler Blüher und der Sozialdemokrat Bührer gemeinsam einen reaktionären Kurs gegen die Arbeiter.

Demagogisch versucht die Sozialdemokratie über diese ihre Tätigkeit hinwegzutäuschen. In Leipzig gehen die Fleißer und Genossen dazu über, den Arbeitern vorzutuschen, daß nach Gewinnung einer Mehrheit im Stadtrat die Sozialdemokraten eine Politik für das Proletariat durchführen würden; dabei war es gerade Fleißer, der schon mehrfach demonstrierende hungernde Arbeiter durch seine Polizei blutig auseinanderreiben ließ.

#### Nur die KPD organisiert und führt die Kämpfe der Ausgebeuteten

Die Kommunistische Partei hat den Arbeitern über die Möglichkeit der Durchführung von Forderungen für das Proletariat innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft nie Illusionen vorgemacht. Nur der Massenkampf der Arbeiterschaft vermag ihre Lage zu verbessern. Aber nur die Kommunistische Partei tritt ehrlich und ernsthaft für die Forderungen des Proletariats ein. Sie allein organisiert und führt den Massenkampf, der in seinem Gefolge die Erreichung der Forderungen und als seinen Endzweck den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft hat.

#### Der Kampf um die Gemeinden

steht im engsten Zusammenhang mit dem gesamtpolitischen Kampf des Proletariats. Die Gemeinden sind ein Teil des staatlichen Machtapparates. Der Angriff, Vormarsch und Sieg des Proletariats in den Gemeinden steht deswegen im engsten Zusammenhang zu seinem Vormarsch im Reiche, mit seinem Angriff auf die kapitalistische Gesellschaft.

Die Arbeiterschaft muß am 17. November bei der Abgabe ihrer Stimmen in den Gemeinden ihre Stimmabgabe als eine Kampfansage an die kapitalistische Gesellschaft dokumentieren. Die revolutionären Arbeiter, die die Besetzung des Steuerhauses, des Zollwächters, der Hunger- und Kriegspolitik, der Politik der Geschenke an die Kapitalisten wollen, wählen am 17. November Kommunisten!

Die Fraktion der KPD im Sächsischen Landtag

# Landes der Deutschen Volkspartei

Die herkömmlichen Ausbeuter - Wahlbetrug -  
Bewertung im bürgerlichen Lager

Von unserem Leipziger Korrespondenten  
Leipzig, den 21. Oktober.

Am 20. Oktober fand hier eine Landtagung der Deutschen Volkspartei statt, auf der die Differenzen über die Methoden zur Anebelung der Massen für die Zukunft, die jetzt durch das Verbot der Reaktionen auftreten, trotz fröhlicher Versuche nicht überbrückt werden konnten. Die jährliche Parteitagung hat durch die bisherige Außenpolitik sehr gute Resultate gemacht und wendet sich deshalb gegen das Verbot der Reaktionen. Versammlungen wurden einige Tausende über die „Verteilung der Demokratie“ veranlaßt, weil das Disziplinärverfahren gegen sich einsetzende Parteien angetraut ist. Die Herrschaften sind nur besorgt, daß ihnen die Massen abgerieben werden. Der ungeliebte König von Sachsen, Dr. Müller, sprach über die Gemeindefragen.

Seine Grundforderung war, daß die Gemeinden alle „unentgeltlichen“ Ausgaben unanständig abzubauen haben.

Das ist ein lautes Programm. Wenn er dann noch betont, die SPD müßte trotz aller Forderungen der Massen eine „harte Linie“ haben, ist die „Ante für den Gemeindefortschritt“ nur ein Wort. Dr. Müller betonte, daß vor allem die drei Großstädte Chemnitz, Leipzig, Dresden unter volksparteilicher Führung gehalten werden sollten. Die Herrschaften wissen natürlich, daß die SPD, wie z. B. unter Herrn Fleißner, getrennte Zielsetzungen der Industriellen sind, jedoch ist eine Einkreisung der Massen auch durch die SPD-Führung nicht aufzuhalten. Die Massen aber werden durch ihre revolutionäre Führung, die SPD gegen die reaktionären Fraktionen des Reichstages in den Gemeinden mobilisiert werden. Die Besorgnisse Dr. Müllers haben volle Berechtigung. Die Massen werden im Kampfe auch die „härteste Haut“ durchschlagen.

## Verhärfung des Metallarbeiterstreiks in Berlin

Solidaritätsstreik der Lorenz-WG beschlossen - Belegschaft Sewag-Megui führt den Streik fort

Berlin, 22. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Berlin tagte eine Parteivorversammlung der Lorenz-WG, Tempelhof, die gegen sechs Stimmen von SPD-Vertretern beschloß, ab Mittwoch in den Solidaritätsstreik zu treten, wenn die Direktion sich auch weiterhin weigert, mit der Streikleitung zu verhandeln, und die Forderungen der Streikenden auf einwandfreie hygienische Verhältnisse, Entlassung der Streikbrecher und eine herabgesetzte Lohnhöhe abweist.

Seitern nahm die streikende Belegschaft der Sewag-Megui, einen Bericht über fortgeschrittene Verhandlungen entgegen. Von der Belegschaft wurde mit Entschiedenheit die heftigste Maßregelung von vier Arbeitervertretern abgelehnt. Nach der Diskussion wurde beschlossen, das Verhandlungsergebnis abzuwarten. Der Streik wird weitergeführt.

## Rohrlegerstreikleitung vor dem Untersuchungsrichter

Der leitende Parteipolitiker der Sozialdemokratie leitete eine Parteivorversammlung der Arbeiterfront fort. Die am Sonntag verhafteten Mitglieder der Streikleitung der Rohrleger und Helfer sind am Montag, nachdem sie 48 Stunden in Einzelhaft wie Schwerverburchter verbrachten, vor den Untersuchungsrichter geführt worden. Sie sollen eine Anklage wegen Verhinderung der Arbeit, Verletzung und Körperverletzung, resp. der Anklage der Verhinderung der Arbeit, wegen der Tatbestände, weil die streikenden Arbeiter mit Energie gegen die von der sozialdemokratischen Partei-Führung aus allen Teilen des Reiches herangezogenen Streikbrecher mit Recht getrieben haben. Ein mächtiges Protestorium wegen dieser ungeheuerlichen sozialdemokratischen Schandtat der Partei-Führung, die sich nicht nur bei der Organisation des Streikbruchs anstellt, sondern auch ihren Parteimitgliedern föhrt, auf die Streikenden herein, sind durch alle Parteimitglieder, Delegierten der Berliner Betriebe, von der Spitze der Parteimitglieder der Partei, forderten energisch auf dem Parteitag, daß die Anklagen der Verhafteten, wobei sie keinen Anstoß daran fanden, daß die Berliner Arbeiter sich diesen Anklagen auf das Streik- und Koalitionsrecht nicht gefallen lassen würden. Unter diesem Druck mußte die Polizei beschwichtigen und stellte in Aussicht, daß die verhafteten Kollegen am Dienstag entlassen werden. Die Arbeiterfront im Reich darf aber diesen Versprechungen nicht trauen, sondern muß überall mit höchsten Protesten antworten, um die Entlassung der Verhafteten zu erzwingen. Vor allen Dingen müssen die Kollegen der Partei ganz energisch in den Betrieben und in den Verhandlungen, sowie auf ihrer Ortsversammlung Sturm laufen gegen die Vermittlung von Streikbrechern durch den DKB gegen die Berliner Belegschaften und Rohrleger, und so durch die Verhinderung der Streikbrecherermittlung, sowie durch verbotene Zusammenkünfte der Berliner Kollegen unterhalten.

# 20 Prozent Preiserhöhung für Zündhölzer

Zündholztrakt erhält vollständiges Verkaufsmonopol - Nach die GEG kann nur noch durch Schwedentrakt verkaufen - 35 Millionen Profit schon bei der Auktion

Berlin, 22. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Die Verhandlungen zwischen dem Leiter des amerikanischen Zündholztrakt und dem Reichsfinanzminister Hildebrand über die Auslieferung des staatlich gesicherten Zündholzmonopols sind zum Abschluß gekommen. Der Vertrag soll heute noch unterzeichnet werden. Das vom Zündholztrakt beherrschte Schicksal wird allein den Verkauf von Zündhölzern in Deutschland betreffen und monopolistisch die Preise festlegen. Die Einfuhr von schwedischen Zündhölzern wird nicht mehr von der Reichsregierung und vom Parlament, sondern allein vom amerikanischen Zündholztrakt bestimmt. Er wird im Einverständnis Hildebrands sofort den Zündholzverkauf in Deutschland um 20 Prozent, von 25 auf 30 Pf. je 10 Schachteln, heraufsetzen. Weitere Preiserhöhungen sollen in Kürze folgen.

Auch die eigenen Zündholzfabriken der Konsumgenossenschaft, die bisher dem Schicksal nicht unterstanden, werden ihm in Zukunft unterstellt. Dagegen hat die Leitung der GEG vergeblich protestiert. Der sozialdemokratische Reichsfinanzminister hat die Konsumproduktion ausdrücklich dem Trakt ausgeteilt, damit dieser auch den Konsummitgliedern die Zündholzpreise verteuert und die konsumgenossenschaftliche Produktion eingeschränkt werden kann.

Als Gegenleistung gemäht der Trakt dem Reich eine Anleihe von 500 Millionen Mark zu 6 Prozent Zinsen. Statt 500 Millionen Mark erhält aber das Reich nur 465 Millionen Mark, so daß der Trakt sofort einen Extragewinn von 35 Mil-

lionen Mark erhält. Dadurch erhöht sich die Verzinsung bereits auf 8,6 Prozent. Außer einer seltenen Dividende von 8 Prozent soll dem Trakt noch ein großer Teil der Gewinne verbleiben.

## Scharfe Erklärung der Sowjethandelsvertretung in Berlin

Berlin, 22. Oktober. (Telefon.)

Die Handelsvertretung der Sowjetunion in Berlin nimmt jetzt zur Neuordnung der deutschen Zündholzwirtschaft Stellung. Darin heißt es, dem DKB zufolge, unter anderem:

„Bei den in Aussicht genommenen Maßnahmen handelt es sich nicht um irgendwelche wesentliche wirtschaftlichen Interessen, sondern um die Interessen eines ausländischen Konzerns. Die Einfuhr aus der UdSSR bedeutet eine wirtschaftliche Kontrolle der monopolistischen Preispolitik des deutschen Zündholzindustrials, an dem der Kreuzer-Konzern nominell mit 65 v. H. praktisch aber weit mehr, beteiligt ist. Eine Zündholzeinfuhr nach Deutschland findet aus keinem Lande als aus der Sowjetunion statt, und darum stellt jede Maßnahme, die die Einfuhr belastet, einen feindlichen Akt gegen die Ausfuhrinteressen der UdSSR dar. Da die wirtschaftlichen Interessen durch die Einfuhr der Zündhölzer aus der UdSSR nicht geschädigt werden, müßten wir jede Maßnahme der deutschen Regierung, die sich in einer Einschränkung der Einfuhr auswirken würde, dahin bewerten, daß die deutsche Regierung mehr Rücksicht nimmt auf die geschäftlichen Interessen eines ausländischen Privatkonzerns, als auf die Interessen des Handels zwischen Deutschland und der UdSSR.“

## Dresdner Arbeiterschaft demonstriert gegen Rohrlegerverhaftung

Sympathietelegramm des russischen Metallarbeiterverbandes - Dresdner Bauarbeiter der Firma Barnack und des - Schärfster Kampf gegen reformistische Streikbrecher

Dresden, den 22. Oktober.

Trotzdem die Arbeiter zum Teil erst gestern nachmittags durch die Arbeiterfront von der am Abend stattfindenden Solidaritätskundgebung für die Berliner Rohrleger erfuhr, versammelten sich am Montagmorgen einige hundert Arbeiter, um gegen den sozialdemokratischen Schandstreik der Verhaftung der Leitung der streikenden Rohrleger zu protestieren. Genosse J. W. behandelte den Kampf der Rohrleger und zeigte den Verrat der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und die Maßnahmen der Sozialdemokraten auf. Die erhöhte Streikbrecherermittlung von Arbeitern nach Berlin und die Verhaftung der Führer der Streikenden war von der Arbeiterschaft damit beantwortet worden, daß in den Betrieben Sammlungen von Geldern und Lebensmitteln für die Streikenden erfolgen. Eine Entschädigung, die den Rohrlegern die volle Sympathie der Dresdner Arbeiter ausspricht, gegen die Verhaftung protestiert und die Freilassung der Verhafteten fordert sowie die Arbeiter verpflichtet, am kommenden Sonntag einen Stundenlohn abzuführen, wurde einstimmig angenommen.

Nach der Kundgebung auf dem Fischhofplatz zogen die Arbeiter mit dem Slogan revolutionärer Vöder und unter Hoch-

rufen auf den Sieg der streikenden Rohrleger durch die Straßen von Friedrichstadt, wo eine kurze Abschlusssammlung stattfand, bei der eine Arbeiterin, die als Delegierte zum Reichstagskongress war, schilderte, daß die Front der Rohrleger festhält und daß besonders die Arbeiterinnen den Kampf ihrer Klassen-genossen unterstützen müssen. Ihr Appell, sich in die Klassenfront einzureihen, fand großen Beifall. Mit dem Slogan der „Internationalen“ und Hochrufen auf den Sieg der kämpfenden Rohrleger und die kommunistische Partei als der Führer der revolutionären Arbeiterschaft fand die Kundgebung ihr Ende. Jetzt heißt es, in den Betrieben die Solidaritätsaktionen zu steigern und durch sofortige Abführung von Geld und Lebensmitteln den seit 8 Wochen im Streik befindlichen Berliner Rohrlegern zu helfen.

## Kampfanfrage an die Streikbrecher

Auf der Baustelle Barnack, Dresden, nahmen circa 120 Bauarbeiter Stellung zu dem Rohrlegerstreik. Wegen 5 Stimmen wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Belegschaft der Baustelle Barnack protestiert gegen die Verhaftung der Rohrlegerstreikleitung und fordert alle Arbeiter auf, durch Geldsammlungen den Kampf der Rohrleger zu unterstützen und den Kampf gegen die reformistische Bürokratie verstärkt zu führen.“

Folgende Resolution und Beschluß wurde von den Zimmermann, Tischlern, Jementoren und Bauarbeitern der Firma Johann Dörrio, Neubau 1 u. 2, Berufsstraße, Dresden, getroffen:

Die Montag den 21. Oktober abende Parteivorversammlung der Belegschaften der Firma Johann Dörrio stimmt mit Entschiedenheit dem Streik der Berliner Rohrleger. Sie fordern sofortige Freilassung der verhafteten Rohrlegerführer Niederführer, Kohl, Weich usw. Sie erklären sich solidarisch mit den streikenden Rohrlegern und geloben, alles einzusetzen für die herrliche Durchführung des Kampfes gegen Unternehmerrückwärts und reformistischen Verrat. Die Belegschaft löste weiter einstimmig den Beschluß, daß jeder Kollege 1 Mark am Freitag den 23. 10. für die Berliner Rohrleger leistet.



Kampfdemonstration der streikenden Berliner Rohrleger gegen die Verhaftung der Streikleitung

## Der Youngplan-Raubzug beginnt!

# 1170 Millionen Mark Steuergeheimte für das Großkapital

Erhöhung der Biersteuer und Tabaksteuer / Einführung einer Kopfsteuer / Einzelheiten aus Hildebrands Steuerreformprogramm

Fischer hat der Reichsfinanzminister Hildebrand noch nicht über das im Reichsfinanzministerium ausgearbeitete Steuerreformprogramm verhandelt lassen, offensichtlich mit Rücksicht auf die bevorstehenden Kommunalwahlen. Der Steuerjüngling des Geld- und Stahlwaren-Industrieverbandes Eberfeld hat jedoch in einer Reichstagsdebatte dieses Industrieverbandes die wichtigsten Einzelheiten aus Hildebrands Steuerreformprogramm mitgeteilt.

Es sind folgende Steuererhöhungen im Hinblick an die Wnnahme des Youngplans vorzulesen:

Jährlicher Steuerabbau:	
Aufhebung der Induktionsobligationssteuer (Stufenweise in zwei bis fünf Jahren)	300 Mill. M.
Abschaffung der Kapitalertragssteuer	171 " "
Senkung der Vermögensteuer	50 " "
Senkung der Gewerbesteuer	35 " "
Senkung der Grund- und Haussteuer (ausgenommen der Grundsteuer ohne Herabsetzung der Mieten)	108 " "
Senkung der Zuckersteuer (ohne Abbau der Zuckerspeise)	210 " "
Senkung der Einkommensteuer (für die Großverdiener)	25 " "
Insgesamt: 1170 Mill. M.	

Der gesamte Steuerabbau beläuft sich nach dem vorliegenden Youngplanprogramm also auf über 1,17 Milliarden Mark.

Nach Schätzung des „Berliner Börsen-Couriers“ würde dadurch lediglich ein Erpaßnis von rund 300 Millionen Mark gegenüber über 1170 Millionen Mark Steuergeheimten an das Großkapital herauskommen. Die Lohnabgabe belaufen sich gegenwärtig auf rund 1400 Millionen Mark jährlich.

Aber auch die minimale Heraushebung der Lohnsteuerfreien Einkommensgrenze ist nur eine Scheinverbesserung für die Arbeiterschaft. Was auf der einen Seite erlassen wird, wird auf der anderen Seite doppelt genommen.

Es soll nämlich die Biersteuer um 165 Millionen Mark jährlich, die Tabaksteuer um 200 Millionen Mark jährlich erhöht werden. Außerdem soll noch eine Kopfsteuer von 1 bis 20 Mark pro Kopf und Jahr eingeführt werden, die ebenfalls vor allem von den wertlosen Massen getragen wird. Das ist weit mehr als das Doppelte der Erpaßnis durch Befreiung des Lohnsteuerfreien Einkommens.

Im Gesamtergebnis würde also die Belastung der Arbeiterschaft und der gesamten wertlosen Massen um viele Hunderte von Millionen Mark zunehmen, die Steuerbelastung des Großkapitals dagegen um über 1170 Millionen Mark abnehmen. Das ist das Youngplanprogramm der Reichsregierung auf dem Steuergebiete, genau so, wie es von den deutschen Großkapitalisten, von den Deutschnationalen und den Reichssozialisten bis zu den Demokraten seit langem gefordert wurde.

Kampf dem neuen Steuerraubzug und von Hildebrand organisierten Verleumdungen auf Kosten der Arbeiterschaft! Organisiert revolutionäre Kampfempfe unter Führung der Kommunistischen Partei! Antwort: den Streikführern am 17. November durch Wahl der kommunistischen Liste!

## Betriebsproteste

Berlin, 22. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Die rote Jahre veröffentlicht einen Teil der Protestentscheidungen Berliner Metallbetriebe und Baustellen gegen die Verhaftung der Streikleitung der Rohrleger. Protestentscheidungen nahmen an: Parteivorversammlung der Reichsdeutschen Kabel-Werke Neukölln, eine getriggerte Betriebsversammlung der Lorenz AG, einmündig, die AG Turbine, der Arbeiterrat der Bergmann-Elektrizitätswerke, Funktionäre von Elektro-Lug AG, Parteivorversammlung der AG Turbine, Kollegen des Metallbetriebs Engels u. Wagner, Belegschaft der Firma Held u. Franke, Baustelle Rudo, Belegschaft der Zimmerer der Berlinerischen Gesellschaft, Baustelle Südwest-Korlo, Belegschaft der Baustelle der Firma Tuchsheerer, vereinigte Parteivorversammlung des 13. Bezirks des Zentralverbandes der Zimmerer.

Ferner erhielt die Streikleitung der Rohrleger ein Sympathietelegramm des Zentralkomitees des Metallarbeiterverbandes der Sowjetunion.

## Schwerer Straßenbahnunfall in Berlin

5 Schwerverletzte

11. Berlin, 21. Okt. Am Montagmorgenmittag stieß am Königstor in Berlin ein Straßenbahnwagen der Linie 63 mit einem Wagen der Linie 74 zusammen. Bei dem Zusammenstoß wurden fünf Personen schwer verletzt, während zahlreiche weitere durch Glasplitter leichtere Verletzungen davontrugen. Die Verletzten wurden von der Feuerwehr ins Krankenhaus gebracht und konnten teilweise nach Auflegung von Notverbänden entlassen werden.

Aus  
Nähr  
wentlich  
zum sozia  
haften, fa  
diesem tri  
geht. Die  
lichen Be  
tigt von  
Wahrheit  
haftes Su  
in der So  
solche Zeit  
schwierig  
rauf sich  
aber wird  
So erdient  
sich von S  
lie rung  
ben. In  
eritatter:  
„Es  
der Dur  
Bandes  
tliche Ge  
ih der U  
recht hat  
deutsch  
wirtschaft  
heute be  
„Es  
auf sich  
ein Stiel  
berliche  
den Klein  
Ebenen be  
neuen Mo  
big zwisch  
trieb befr  
grobes „  
rühland i  
von Vödy  
Ruhland  
hoffen, d  
soll nun  
wolliger  
in dem a  
Doch  
Ich reite  
Kaiserin  
Sowjetis  
Page. U  
streben  
ganze S  
einstellige  
eingehüll  
Hohlegel  
ganzes n  
ber Graf  
der Höhe  
Gutsherr  
1913“  
Doch  
Ueberall  
ten an de  
hätten be  
Das  
man nach  
die Berge  
Viktoria  
arbeitet,  
im Krieg  
Koch  
russischen  
Speicher  
Gehäufte  
überfüllt  
Restaurant  
Dann  
tung auch  
„Die  
„Koch  
wirtschaft  
Das S  
Die A  
Traumvoll  
aufgehört  
leitungen  
Kommunist  
nach den U  
was die U  
betrieben  
aber so sehr  
berst. Wä  
Vertonen  
teter groß  
in vielen  
rückwärts  
möglichst  
noch einem  
Durchführ  
„Ein  
und Arbe  
mit groß  
lein. W  
auf Gr  
schaffen  
schließen  
wertig  
Alle 30  
in jenen  
sogar in  
gieren  
und Arbeit  
die Paris  
aufnehmen  
Kreuzabte  
nehmen, un  
Kombi

# Der Aufbau des Sozialismus in der UdSSR

Während man sich in den kapitalistischen Ländern im wesentlichen bemüht, die kümmerliche Vorwärtsentwicklung zum sozialistischen Aufbau vor den Arbeitern geheim zu halten, kann man doch nicht ganz verschweigen, was in diesem ersten Lande der Arbeiter- und Bauernmacht vorgeht. Die Gigantik des Vormarsches zwingt den bürgerlichen Berichterstattern die Feder in die Hand. Uebermächtig von der Aufbauarbeit schreiben sie ihren Lesern die Wahrheit. Was übrig bleibt, das ist ein geradesu kramphafes Suchen nach einem Anzeichen des Zusammenbruchs in der Sowjetunion. Doch alle Aufmerksamkeit findet solche Zeichen nicht. Was man entdeckt, das sind Aufbauschwierigkeiten, d. h. solche Schwierigkeiten, die aus dem rasend schnellen Lauf des Vormarsches entstehen. Diese aber wird das Proletariat der Sowjetunion überwinden. So erschien in Berlin in der *Wörter-Courier* ein Artikel von Nikolaus Basseches „Sowjet-Industrialisierung“, „Reise durch die russische Provinz“ überschrieben. In diesem Artikel schreibt dieser bürgerliche Berichterstatter:

„Es ist zweifellos der Sowjetregierung voller Ernst mit der Durchführung des Fünfjahresplanes. Alle Kräfte des Landes werden angezogen, um das wirtschaftliche und politische Gepräge des Landes zu verändern. In Moskau selbst ist der Umfang und das Tempo der Industrialisierung nicht recht sichtbar. Um so mehr in der Provinz. Hier zeigt sich deutlich die eigenartige und merkwürdige Verflechtung der wirtschaftsgeographischen Struktur unter dem Einfluß des heute herrschenden Industrialisierungsprogramms ...

... Ivanow war vor der Revolution nicht einmal Dorfstadt — es hatte das Aussehen eines Dorfes, wenn es auch schon früher große Textilwerke hatte. Es blieb immer ein Stiefkind der alten Regierung. Heute sieht man diese dörfliche Stadt vor lauter Rängerräcken nicht mehr. Zwischen den kleinen Häusern ragen in den Himmel die neuen, aus Eisenbeton und Glas errichteten Bürogebäude, die großen neuen Mietkasernen. Die alten Fabriken leben klein und lachend zwischen den bereits im Jahre 1927 erbauten und im Betrieb befindlichen zwei gewaltigen Textilwerken aus. Ein großes „Kombinat“ ist noch im Bau. Im alten Vorkriegsrußland wurden die schweren Baumwollstoffe im Textilgebiet von Volya hergestellt. Nun liegt Volya in Polen. Das heutige Rußland produziert nur ein Drittel des schweren Baumwollstoffes, den es braucht. Das große Kombinat von Ivanow soll nun das ganze Volyer Industriegebiet erfüllen. Ein gewaltiger Bau auf 70 Hektar Baufläche. 15 000 Arbeiter sollen in dem neuen Werk beschäftigt werden.

Doch nicht nur im Textilgebiet wird lieberhaft gebaut. Ich reiste durch den Ural. Die Uralschicht, das frühere Zetelinerland, das jetzt nach dem ersten Präsidenten der Sowjetunion „Swerdlow“ heißt, befindet sich in der gleichen Lage. Ueberall zwischen den alten kleinen Empirebauten streben neue, moderne Gebäude in die Höhe. Wieder ist die ganze Stadt aufgerissen: Wasserleitung, Kanalisation und elektrische Straßenbahn werden gleichzeitig gebaut. Alles ist eingehüllt in hohe Rängerräcke. ... Jetzt werden nicht nur Wohngebäude gebaut, jetzt ist nicht nur in Swerdlow ein ganzes neues Viertel aus modernen Häusern entstanden — der Ural bekommt auch seine eigene Maschinenindustrie. In der Nähe von Swerdlow ist ein neues gewaltiges Werk im Entstehen. Daneben wird an einer neuen Stadt für voraussichtlich 25 000 Einwohner gebaut.

Doch nicht nur Swerdlow baut und entleert von neuem. Ueberall auf den Uralsbergen, die seit Peter des Großen Zeiten an den Abhängen der Berge liegen, überall in den Uralschichten herrscht die Industriebebauung.

Das ganze Land ist in lieberhafter Bautätigkeit. Wenn man nachts durch die Wälder des Zentralgebirges oder durch die Berge des Urals reist, glitzern hell mit Tausenden von Lichtern rechts und links die Berge. Tag und Nacht wird gearbeitet, das ganze Land macht den Eindruck eines Landes im Kriege. Im Kriege gegen einen unsichtbaren Feind.“

Nachdem Basseches diese Schilderung von dem sowjetrußlichen Aufbau gegeben, fragt er als echter europäischer Spießer darüber, daß die Bequemlichkeiten fehlen, daß man überhaupt nicht so schnell bekommen kann, daß die Hotels überfüllt sind und — daß es in den Provinzstädten keine Restaurants gibt, die seinen Bedürfnissen entsprechen.

Dann schilbert er, wie der Kampf um die Sozialisierung auch auf dem Lande geführt wird und vorwärts geht:

„Die Bauernschaft soll sich in Kollektivwirtschaften — „Kolkhozi“ — organisieren ... Der Staat gibt Kredite, landwirtschaftliche Maschinen an diejenigen Dörfer, die sich kollektivieren. Es ist daher verständlich, daß die Kollektivierungsbewegung sehr lebhaft ist ...

... Allein durch die Kollektivierung kann der Staat die Landwirtschaft nicht beherrschen, und um wirtschaftliche Stützpunkte für die sozialistische Entwicklung im flachen Lande zu schaffen, werden die großen „Sow-Chow“ der Staatsdomänen angelegt. Um den Bauer nicht zu reizen, auf jungfräulichen Boden, in der Steppe, jetzt wird der Boden gerodet. Ueberall die Zeile der Arbeiter. Hier und dort stehen schon die Verwaltungsgebäude, ist schon im vorigen Jahre angebau worden, und das ausgebreitete Straßennetz hebt sich jetzt wie hohe goldige Wälle um den Sowchow. Die Sow-

chow sollen Getreide hergeben, um den Staat unabhängig vom Bauer zu machen. Treffenskolonnen ziehen ihnen zur Verfügung. Sie arbeiten nicht nur auf den Staatsdomänen, sondern auch ringsherum auf dem Bauerland. Als die letzte Kanallerie, welche die Bauern in die Kollektivierung hineintrreiben soll.“

Diese Mitteilungen des Bürgerlichen über die Sozialisierung auf dem Lande tragt alle die entgegenstehenden Behauptungen Lügen.

Basseches fügt dann seinen Darstellungen folgende Bemerkung an:

„So kümmerlich die Kollektivierungsbewegungen der Bauern sind, haben sie auch ihre Rechte. Nicht nur, daß es dem Staat teilweise an Geldmitteln mangelt, um mit der Bewegung Schritt zu halten, noch eine viel tiefer einschneidende Ungruppierung der wirtschaftlichen Kräfte ist erfolgt.“

Besser kann nicht gesagt werden, daß die Schwierigkeiten Wachstumsschwierigkeiten sind. Die entfaltete Energie ist so groß, daß die vorhandenen Kräfte nicht mitkommen. Aber schon werden immer neue Anstrengungen gemacht. Das russische Proletariat leitet Wunderwirkungen seines Aufbaues, und es wird sein Ziel erreichen.

# 12

**Jahre Sowjetunion**  
**Jahresozialist Aufbau Erkämpft**  
**ein Sowjet Deutschland / Wählt**  
**am 17 November Kommunisten!**

## Getreideaufbringungskampagne in der Sowjetunion



Mitglieder einer ukrainischen Bauernkollektive bringen ihre Erntetrümpfe zur staatlichen Getreidesammelstelle

## Arbeiter als Erfinder in der UdSSR

Erfindungen von Arbeitern — eine Sache, die im bürgerlichen Staate wohl kaum in Betracht kommt, — nehmen im sozialistischen Aufbau der Sowjetunion einen wichtigen Platz ein. Die Materialien der Wirtschaftsinhalten, die in letzter Zeit veröffentlicht wurden, zeigen, daß dank der Initiative und dem Erfindergeist von einfachen Betriebsarbeitern bei der Durchführung der Rationalisierung und dem Aufbau der Industrie große Errungenschaften erreicht worden sind. Die Moskauer Automobilfabrik ZAWO zählt allein 70 proletarische Erfinder in ihrem Betrieb, deren Arbeiten bedeutende ökonomische Einsparnisse ergeben haben. In der Fabrik „Proletarischer Sieg“ (in Nischni) ergaben Erfindungen, die von einfachen Arbeitern gemacht wurden, eine Ersparnis von 6000 Rubel. Die Initiative der Arbeiterkraft auf dem Gebiete der Technik ist im Steigen begriffen. Es melden sich Talente und Begabungen, die unter dem Stiefel der kapitalistischen Ausbeutung sonst zugrunde gegangen wären.

Die Sowjetregierung ist bemüht, den Weg des proletarischen Erfinders zu ebnen. In der Ukraine fand kürzlich ein Kongreß der proletarischen Erfinder statt. Die Wirtschaftsjournalistin Schin widmete ihre Spalten dem Kampfe gegen den Bürokratismus, dem Schlenker und der Vernachlässigung der proletarischen Erfindungen.

## Der Ernte- und Kollektivierungstag

Moskau, (Zwischenruf.)

Aus zahlreichen Orten eingelaufene Meldungen berichten über rege Teilnahme der Arbeiter und Bauern an dem Ernte- und Kollektivierungstag. In der RSFSR, der Ukraine und im Weißrußland wurden neue Kollektivwirtschaften eingerichtet und landwirtschaftliche Ausstellungen eröffnet. Vielerorts wurden Bauernfunktionen in die Kollektivwirtschaften veranlaßt. In Nikolajew, Schitomir, Wolhyn, Poltawa, Komosibirsk und anderen Städten sind zahlreiche rote Getreidetransporte eingetroffen. Im Bezirk Lugansk im Donez-Becken haben viele landwirtschaftliche Betriebe eine Reihe von Vändereien dem Kollektivierungsfonds zugewiesen. Ueberall wird die erfolgreiche Tätigkeit der in den Dörfern zur Abhaltung des Kollektivierungstages eingetroffenen Arbeiterbrigaden hervorgehoben. Den feierlichen Sitzungen in Moskau, Minsk und Charkow wohnten zahlreiche Delegationen von Kollektivwirtschaften und Bauernorganisationen bei. Allorts fand der Kollektivierungstag im Zeichen der Uolung „Alle Kräfte für die Rekonstruktion der Landwirtschaft auf sozialistischer Basis!“

## Die Sowjetregierung lehnt Verhandlungen mit Nanking ab

Moskau, den 20. Oktober 1929.

Zur Ablehnung des deutschen Vorschlages auf „gegenseitige Aufhebung der seitens der Sowjetregierung und Nanking im Zusammenhang mit dem Konflikt getroffenen Repressionsmaßnahmen“ durch die Sowjetregierung, schreibt die Prawda:

„Aus Noten und Erklärungen der Sowjetregierung ist es bekannt, daß die Sowjetregierung erst nachdem sie die völlige Ergebnislosigkeit ihrer Versuche, die Einleitung von Verhandlungen gegen Sowjetbürger durchzuführen, eingeleitet, zu Gegenmaßnahmen gegenüber gewissen nichtverpflichtigen Kategorien chinesischer Bürger gezwungen war. Mit einer Regierung, die nach wie vor die Annahme der Minimalforderungen der Sowjetunion verweigert und ihre eigenen Vorschläge und Verhandlungen rückgängig macht, kann die Sowjetregierung keine neuen Abmachungen treffen.“

Die Sowjetregierung will nicht, daß Muffen und Nanking den deutschen Vorschlag dahin auszuhandeln könnten, die Verbreitung solcher Gerüchte über Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und China und über eine angeblich bevorstehende Beilegung des Konfliktes fortzusetzen. Hätten die chinesischen Heuler den Wunsch, die Repressalien einzustellen, oder die Verhandlungen zu beenden, so könnten sie es jeder Zeit ohne jede besondere Abmachung tun. Dann käme die Notwendigkeit an Gegenmaßnahmen, die die Sowjetregierung ergreifen müßte, naturgemäß in Fortfall.“

## Genosse Stalin in Moskau

Die Prawda teilt mit: Genosse Stalin ist vom Urlaub zurückgekehrt und hat seine Arbeit wieder aufgenommen.

## Öffentliche Anteilung des Zentralkomitees für Kandidatenauffstellung

Das Sekretariat des Zentralkomitees teilt mit:

Die Kandidatenlisten zu den Gemeinde-, Kreis- und Provinzialparlamentswahlen sind nunmehr in den meisten Orten aufgestellt und befinden sich nach der Bestätigung der Bezirksleitungen dem Zentralkomitee. Eine Kontrolle der Zusammenstellung zahlreicher Listen hat ergeben, daß im allgemeinen nach den Direktiven des Zentralkomitees verfahren worden ist, was die Auswahl politisch erprobter Arbeiter aus den Großbetrieben, die die Ausschaltung schwächerer aber erprobter, aber zu sehr an das parlamentarische Leben gewöhnter Elemente betrifft.

Während also auf den Listen die Betriebsarbeiter, die das Vertrauen großer Teile ihrer Belegschaft genießen, und Vertreter großer Massenorganisationen im Vordergrund stehen, sind in vielen Fällen die Arbeiterfrauen nicht genügend berücksichtigt worden. Das Zentralkomitee unterstreicht deshalb noch einmal die frühere Direktive und fordert kategorisch ihre Durchführung:

„Ein Drittel wertvoller Frauen, Fabrikarbeiterinnen und Arbeiterfrauen als Kandidaten, besonders in den Bezirken mit großen weiblichen Betriebsbelegschaften, muß die Regel sein. Wo Widerstände gegen diese Proporz auftreten, muß auf Grund einer ausführlichen Diskussion Klärung geschaffen werden, warum die vom Weddingen Parteitag beschlossene Wendung der Gesamtliste zur Arbeit unter den wertvollen Frauen ernsthaft durchgeführt werden muß.“

Alle Kandidatenlisten in industriellen Gebieten, besonders in jenen mit zahlreichen weiblicher Belegschaft, sind deshalb sofort in dieser Beziehung zu überprüfen und zu korrigieren. Alle Argumente, daß keine fähigen Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen vorhanden sind, sind als überheblich, durch die Praxis des Klassenkampfes längst widerlegte Ausreden abzulehnen. Mit den Kandidaten der Betriebslisten und mit den Frauenabteilungen sind sofort ernsthaft Schritte zu unternehmen, um zuverlässige Genossinnen zu nominieren und in die Kandidatenlisten einzuschließen.

Jede Bezirksleitung, jede Ortsgruppenleitung, jede Betriebszellenleitung ist dafür verantwortlich, daß dieser Befehl durchgeführt wird!

Das Zentralkomitee wird jede Leitung zur Verantwortung ziehen, die nicht alles versucht hat, um vorhandene lokale Einstellungen dem Schweregeleit zu überwinden. Wir verweisen auf das Beispiel Berlins und zahlreicher anderer Orte im Reich, wo der Befehl des Zentralkomitees hinfällig inneworden ist.

Dasselbe gilt für die Berücksichtigung der proletarischen Jungarbeiterkraft. Auch hier müssen auf jeder Kandidatenliste ein oder zwei Vertreter der Jungarbeiterkraft an entsprechender Stelle nominieren sein.

Zum Schluß weisen wir darauf hin, daß die Tage vor der Einreichung der Kandidatenlisten dazu auszunutzen sind, um die Kandidatur der Partei, soweit das bisher noch nicht geschehen ist, öffentlich in Betriebsversammlungen, in Häuserblattdorstellungen, in Versammlungen der Massenorganisationen diskutieren und bestätigen zu lassen.

## Parteigenosse!



Hast Du ständig Wahlfondsmarken oder Listen bei Dir? Hast Du schon überlegt, bei wem Du überall Wahlfondsmarken einsetzen kannst? Wieviel hast Du schon gesammelt?

**von Dir hängt es ab,**  
 ob Deine Partei die Mittel erhält!  
**Denke immer daran!**

# Die Roten Raketen sprühen

Jeder Arbeiter muß diese Agitationstruppe in ihrem neuen Programm sehen — Humor  
Politische Satire

21. Oktober, 20 Uhr, in Hammers Hotel, Striesen, Angsbürger Straße  
23. Oktober, 20 Uhr, in den Annensalen, 100, Auftreten für die KPD Groß-Dresden  
26. Oktober, 20 Uhr, in Demitz-Thumitz, Beyers Gasthof  
29. Oktober, 20 Uhr, im Gasthof Uebigau  
30. Oktober, 20 Uhr, im Gasthof Kaditz

## Arbeiter begrüßen die Opfer der Klassenjustiz

Eine überfüllte Kundgebung in den Annensalen

Die von der Roten Hilfe und der KPD zur Begrüßung der 5 Dresdner Angeklagten des Landfriedensbruchprozesses durchgeführte Kundgebung war schon 1/2 Stunde vor Beginn überfüllt.

Die „Roten Trommler“, die Agitationstruppe des Jungparteiabteilung, spielte einmündig zwei kurze Schemen. Nach dem ergriff, mit minutenlangen Beifall empfangen.

Genosse Dr. Koll Helm

Das Wort. In kurzen Worten schilderte er den Gang der Verhandlungen und ging besonders auf die zahlreichen Widersprüche der Anklagen der Volkszeitung ein. Nach ihm sprach die KPD Genosse Witzel. Mit Entrüstung nahmen die Versammelten Kenntnis von den Lügenberichten der Dresdner Volkszeitung, die Genosse Witzel eingehend nachwies.

Als die Angeklagten die Bühne betraten, lehrte wiederum minutenlang Beifall ein. Mit gedullter Faust erklärten sie, daß sie trotz des Urteils ihre revolutionäre Arbeit fortsetzen werden.

Zum Zeichen der Solidarität mit den freisenden Berliner Mordgegnern sammelten die 5 Angeklagten in der Kundgebung 30 Mark.

Einmütig wurde dann eine Entschließung angenommen, die wir am Montag bereits veröffentlichten.

Nachdem ein revolutionärer Arbeiter gesprochen hatte, ergriff als letzter der Vertreter des kommunistischen Jugendverbandes das Wort. Er schloß mit den Worten:

**Kampf dem Rechtsismus und Sozialfaschismus! Wir lassen uns von den Urteilen der Klassenjustiz nicht in unserer Tätigkeit hemmen, sondern kämpfen weiter, bis zur Niederlegung der Diktatur der Tralibourgeoisie und der Ausschaltung der Diktatur des Proletariats!**

Mit dem Gelang der Internationale und einem begeistert aufgenommenen dreimaligen „Rot Front“ wurde die von glänzender Kampfkraft getragene Begrüßungsfeier abgebrochen.

## Eine Kundgebung gegen das Verbot des Sozialistischen Studentenbundes

In Dresden hat sich ein Komitee gebildet zur Durchführung einer öffentlichen Kundgebung gegen das vom Rektor und Senat der Technischen Hochschule ausgesprochene Verbot des Sozialistischen Studentenbundes als eine den übrigen studentischen Verbindungen gleichberechtigte Organisation. Dem Komitee gehören zahlreiche kulturelle Organisationen und eine Anzahl im kulturpolitischen Leben Dresdens bekannte Persönlichkeiten an. — Wie wir erfahren, soll die Veranstaltung am 31. Oktober 1929 um 10 Uhr im großen Saal des Künstlerhauses, Albrechtstraße, stattfinden. Als Redner sind gewonnen worden: der bekannte Dichter Joh. A. Becker und der Reichstagsabgeordnete Peter Maslowski.

Die Belegkarte Betriebskassenbau Gefäßtröge (150 Mann) sammelte 37,78 Mark für den Wahlfonds.

## Zur Ablehnung der Eingemeindung von Lockwitz

# Faustdicke Lügen der Volkszeitung

Von Rechtsanwalt Dr. Koll Helm, Stadtverordneter

Dass die Volkszeitung, wie alle sozialdemokratischen Blätter, tagtäglich die arbeitervertreterische Schandpolitik der SPD durch Verdröhrungen, Entstellungen und bewusste Lügen den Arbeitervertretern schmachhaft zu machen versucht, ist wiederholt festzustellen worden. Es liegt sich auch in immer größerer Anzahl der Arbeiterschaft die Erkenntnis durch, weshalb diese „Organe für das werktätige Volk“ gar nicht anders können, als die Tatsachen zu fälschen und die Arbeiterschaft auf geduldigen Papier mit geduldiger Druckerwerkzeuge schamlos zu betrügen. Denn wahrheitsgemäße Berichte über den Stand des Klassenkampfes, über das Wesen des Staates, über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei, ihrer Minister, Staatsbeamten, Parlamentsfraktionen, Gewerkschaftsfunktionäre würden ihren Lesern sämtliche Illusionen nehmen, die schwarzrotgoldenen Trüben beseitigen und sie im Ru von der Partei des Sozialfaschismus abbringen lassen. Es ist aber gerade die Aufgabe dieser völlig verbürgerlichten Partei, die ihr in der imperialistischen Republik von der herrschenden Klasse zugewiesen ist, das werktätige Volk vor den Karren des Unternehmertums

zu spannen, Illusionen über den „Kampf um den Sozialismus“ zu erwecken und zu erhalten und so die revolutionäre Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit möglichst lange und überhaupt zu hintertreiben. Deshalb lügt die sozialdemokratische Presse tagtäglich ihren Lesern im Interesse dieser Politik die haberbüchsten Dinge vor.

Es ist demnach auch nichts Besonderes, wenn auch im letzten Bericht der Volkszeitung über die Stadtverordnetenwahlen (in Nr. 214 vom 18. 10. 29) eine Anzahl Entstellungen und Unwahrheiten enthalten sind. Soweit aber diese Unwahrheiten sich auf die durch die sozialdemokratische Fraktion abgelehnte Eingemeindung von Lockwitz beziehen, bedürfen sie besonderer Erwähnung und Festanlegung, weil diese Lügen sehr gut die Angst der SPD vor den kommenden Wahlen,

die Furcht vor der sachlich-politischen Auseinandersetzung mit der kommunistischen Partei, die Sorge, durch wachstumsmäßige Verdröhrung (also durch Eingekünderis gemachter Fehler) weitere Anhänger zu verlieren,

## Die Eingemeindung von Lockwitz

und ihre Verhinderung durch die SPD ist das Thema einer öffentlichen Einwohnerversammlung, die morgen Mittwoch im Unteren Gasthof stattfinden wird. Es spricht Stadtverordneter Genosse Dr. Koll Helm, Dresden, Beginn 20 Uhr.

beweisen. Folgender Bericht wurde der stauenden Mittelwelt der Volkszeitung aufgetischt:

„Eine noch größere Niederlage erlitten die Kommunisten bei der Behandlung des Eingemeindungs-Ortsgegenges für Lockwitz. Sie hatten zu dem Ortsgelehrigen zwei Änderungsanträge gestellt, denen inhaltlich auch die sozialdemokratische Fraktion beitrug. Dadurch aber, daß die Kommunisten die Anträge als Teil des Ortsgegenges, das zwischen der Gemeinde Lockwitz und der Stadt Dresden vereinbart worden ist, aufgeführt wissen wollten, wird die Eingemeindung gefährdet. Der sozialdemokratische Redner, Gen. Koll Helm, sprach, wie ausdrücklich darauf hin und beantragte deshalb eine besondere Beschlusfassung über die beiden Anträge außerhalb des Ortsgegenges. Vor lauter Grundstimmigkeit behielten die Kommunisten aber ihre Stellungnahme bei, und da überflüssigerweise auch noch der Rat nicht nur gegen das Änderungsanträge, sondern auch gegen den sozialdemokratischen Änderungsantrag zu Feld zog, schaffte er mit Kommunisten und Bürgerlichen zusammen eine Ablehnung des sozialdemokratischen Änderungsantrags. Bürgerliche und Sozialisten stimmten aber auch gegen das kommunistische Änderungsanträge, das von der Sozialdemokratie nach Ablehnung ihres Antrags unterstützt wurde, so daß nunmehr die sozialdemokratische Fraktion gegen das Ortsgelehrige an sich stimmen mußte. Dadurch fiel das Eingemeindungsgegenges. Die Kommunisten hatten mit dieser Taktik nun tatsächlich das erreicht, was der sozialdemokratische Sprecher bereits angekündigt hatte: nämlich die Ablehnung der Eingemeindung von Lockwitz. Die Schuld daran fällt auf die kommunistische Fraktion zurück, die sich überdies noch dadurch gründlich blamierte, daß sie durch die Zustimmung zum Ortsgelehrigen Anträge auf Änderung des Gegenges ganz fallen ließ. Es kennzeichnet das wieder einmal das triviale Spiel, das die Kommunisten mit der Arbeiterschaft treiben.“

Fast jeder Satz dieser Elaborats (das aus der Feder des Stadtverordneterfraktionsführers Koll Helm zu kommen scheint) enthält eine Lüge. Die Schlussfolgerungen treffen also daneben.

## Was ist tatsächlich geschehen?

Die kommunistische Fraktion hatte, getreu ihrem, von der SPD freilich seit Jahrzehnten verlegnetem Grundgedanken, bei jeder Gelegenheit die Interessen der Werkstätigen, der minderbemittelten Schichten, zu vertreten, beantragt, das Eingemeindungsgegenges von Lockwitz insofern zu verbessern, als eine billige Verkehrsverbindung geschaffen und die tollsten Totenbelegungen beibehalten werden sollte.

Gegen diese Anträge wendeten sich in trauerer Gemeinschaft, wie immer, wenn es sich um die mitleidige Besserstellung proletarischer Schichten handelt, der Rat, bürgerliche und sozialdemokratische Stadtverordnete. Letztere mußten natürlich wegen der bevorstehenden Wahl die Richtigkeit und Notwendigkeit dieses Änderungsantrags anerkennen, wollten sie aber wegen der „möglichen Gefährdung“ der Eingemeindung überhaupt nicht im Ortsgelehrigen verankert wissen, sondern sie nur „außerhalb“ dieses Ortsgegenges befürworten. Der kommunistische Sprecher, der ausdrücklich betont hatte, daß die Eingemeindung erfolgen müsse, auch wenn die Verbesserungsanträge von der vereinigten Reaktion abgelehnt würden, wies demgegenüber darauf hin, daß die Verankerung der Anträge im Ortsgelehrigen durchaus keine Gefährdung der gesuchten Eingemeindung bedeute, da sich der Rat ihnen nur angeschlossen brauche, und die Gemeinde Lockwitz bestimmt nichts gegen die Verbesserungen einzuwenden habe; daß aber der sozialdemokratische Vorschlag unannehmbar für die kommunistische Fraktion sei, weil das damit praktisch gar nichts erreicht werden könne.

Und nun kam die Abstimmung, die durchaus mit Recht die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags brachte. Auch das kommunistische Änderungsanträge wurde abgelehnt. Und nun kam der Clou des Abends:

Die sozialdemokratische Fraktion stimmte mit den Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei gegen die Eingemeindung von Lockwitz überhaupt und brachte sie mit den bürgerlich-reaktionären Bornern zu Fall.

Dies die Tatsachen. Und weil die Sozialdemokraten aus persönlicher oder politischer Verärgerung, aus Wut darüber, daß ihnen ihre raffinierte und verdröhrerische Taktik, den kommunistischen Vorstoß für die Werkstätigen von Lockwitz abzubrechen und schlagartig für sich auszunutzen, nicht gelungen war, weil sie falsch stimmten, deshalb der Lügenbericht (die „Wahrheitsfindung“), den wir oben wiedergegeben haben. Väterlich, wenn die Volkszeitung schreibt:

„Die Kommunisten erlitten eine große Niederlage bei der Eingemeindung von Lockwitz. — Die Kommunisten sind schuld daran, daß die Eingemeindung abgelehnt wurde.“

Jeder Zuhörer, der in der Sitzung anwesend war, weiß, daß die Sozialdemokraten alleinige Schuld haben an der Ablehnung der Eingemeindung von Lockwitz.

Das Lügen der Volkszeitung ist charakteristisch für die Schwäche der gesamten sozialdemokratischen Partei. Wer mit solchen Mitteln arbeiten muß, hat eigentlich nichts politisch ernst genommen zu werden. Die kommunistische Partei wird die verräterische Politik der SPD immer wieder aufdecken.

Die kommunistische Partei wird durch Aufzeigen des sozialfaschistischen Charakters der SPD, die von Niederlage zu Niederlage schreitet, der Arbeiterschaft den Weg zeigen, der aus dem sozialfaschistischen Vagabundentum heraus und zur Befreiung der Arbeiterschaft führt.

## Rundfunk

Dienstag den 22. Oktober:  
16.30: Konzert. 17.55: Wirtschaftsnachrichten. Anschließend Wettervorhersage und Zeitangabe. 18.05: Stunde der werktätigen Frau. Vortrag: Umhang in der Welt der Frau. 18.30: Französisch. 18.55: Arbeitsnachweis. 19: Auf amtliche Veranstaltung der Reichsregierung als Aufzugs-Vortrag: Reichspolitiker Schödel über das Volksbegehren. 19.30: Kammermusik. 20: Es war einmal Rundfunkkomposition. 20.30: Im Dreier. Zeitangabe, Wettervorhersage, Vollerbericht und Sportnachrichten. Anschließend bis 24 Uhr: Langmusik.

## Ein lächerliches Täuschungsmanöver der SPD

Der Artikel „Kommunale Betriebe in Gefahr“ den wir in der Nummer 23 veröffentlichten, ist der SPD mächtig in die Knochen gefahren. Sie war völlig verblüfft, um so mehr als sämtliche Dresdner Zeitungen unsere Mitteilungen über Reaktionen, wo mit Hilfe der SPD, die dort allein die absolute Mehrheit besitzt, das Stimmzettel verdröhrert wurde, bestätigten. Nur die Dresdner Volkszeitung hat diese Lüge ihren Lesern bis heute noch nicht mitgeteilt. Um den unangenehmen Eindruck zu vermeiden, hat die „stolze Führer“ selbst mit einer Anfrage, die am Montag mit den Führern der Bezirksorganisation Edel usw. in Stundenlangem Beratung zusammengebracht worden ist, in die Krena, Gang nach fragt er den Rat, „ob“ ihm wahr ist, was in der Arbeiterstimme in dem Artikel „Kommunale Betriebe in Gefahr“ behauptet wird.

Warum so nein, Herr Koll? Genügt der Inhalt noch nicht? Wir denken doch, es ist deutlich genug. Darauf kommt es Koll nicht an. Die Anfrage Koll ist nur der plumpe Versuch, abzulenken von den tatsächlichen Absichten.

Das jetzt insbesondere die Antwort, die in mehr als plumper Weise die Lüge auf weiß gemachten Vordröhrungen ablenken will.

Weiter will der Finanzdezernent nichts mit den Vordröhrungen zu tun haben und, man höre und staune,

(Wer ist nach heute, das zu glauben?)

dieselben nur gemacht haben, um den Kassenausfällen die Wirkungen der Privatfiskalisierung zu zeigen. Jeder Leser vergleiche damit die Vordröhrungen des Finanzdezernenten mit diesen faulen Quoten.

Sieht so der Kampf gegen die Privatfiskalisierung aus? Solche faulen Manöver werden heute nicht mehr. Was es nicht in Reichen auch so, daß die SPD bis zum letzten Moment alle Verdröhrungspläne trotz ablenkender, um zu guter Letzt das Stimmzettel mit dem Straßenbahnbetrieb zu verdröhrern und auch noch eine Drogenentgelt Tarifierhöhung zu schließen. Die frampfhafte Abwägungsergebnisse der SPD sind bisher noch immer die beste Bestätigung für unsere Behauptungen gewesen.

So wie Silberding im Reiche für 500.000.000 Mark ausländischen Kapitalisten Monopole gewährt, so wird die SPD in Dresden für die Gewährung von lumpigen Millionen die Werke verdröhrern?

Gibt diesen Betrügern am 17. November die Antwort! Entschheidet für die KPD! Wählt die Liste der KPD!

## Verhugert wurde aufgefunden . . .

Die Finanzen der Stadt Dresden werden von dem Sozialdemokraten Dr. F. H. J. erveraltet. Ihm liegt es ob, die notwendigen Mittel zur Unterhaltung der im Rat Beratenden bereitzustellen. Dr. Führer aber, der „anrechte“ Sozialdemokrat, ist nicht besorgt um die Interessen der Arbeiter, wie dermaßen, die in den Wahllokalen der Sozialdemokratie als Stimmzettel geworben werden. Wie der sozialpolitische Kurs in der Stadt Dresden mit seinem SPD-Finanzdezernenten gehandhabt wird, beweist, daß in dem diesjährigen Haushaltsplan allein 3 Millionen getrichen worden sind.

Die Wasmischung der (mit Verlaub) Sozialpolitik, die in Dresden betrieben wird, ist durch folgenden uns übermittelten Bericht illustriert. Am vorigen Sonntag war die Frau S. Dresden-Klein, Kottbusstraße 27, aus dem Airlorgeraum, um sich einige Brot- und Eiermarken zu holen. Die Frau wurde abgemessen und kam mit ihrem Kinderwagen, in dem sich ihr dreijähriges, fahres Kind befand, von der Landhausstraße nach Hause.

Sein Judentempel am Mathemaplus brach die Frau zusammen, weil sie schon mehrere Tage nichts gefressen hatte. Der Mann der Frau S. ist erwerbslos und hatte die vorhergehende Woche ganze 3 Mark von der Airlorger erhalten. Da mir sollte die Familie die Woche leben. Doch hat Unterstützung der Erwerbslosen. Am nun einige Pfennige mehr zu erhalten, bildet der Mann kein für die Stadt Dresden und „sozial“ dabei ganze 11 Mark die Woche.

Dieit monatliche Vergütung ist keine Einzelerhebung in Dresden. Schon mehrfach ist der Öffentlichkeit bekannt geworden, wie mit den ausgebeuteten Erwerbslosen umgegangen wird. Veranlassung für die kanakischen Vorgänge ist ebenso, wie die Bürgerlichen Parteien, die SPD.

Wenn die Kommunisten treten energisch für die Interessen der Notleidenden ein. Gebt den Reaktionsären die Lektion und wählt am 17. Nov. Kommunisten.

## Der schlüpfrige Asphalt fordert Opfer

Seitern Montag ereignete sich auf der Staatsstraße Lockwitz-Dresden ein Motorradunfall. Ein in Richtung Dresden fahrendes Vanholzfahrorrad bog rechts in eine Querstraße ein. Ein auf seinem Motorrad folgender Inhabitant aus Heidenau geriet in die weit nach hinten hinausragende Ladung. Er kam zum Sturz, wobei die Schädeldede zertrümmert und die untere Schädeldede gebrochen wurde. Auch ein zweiter Motorradfahrer stürzte infolge schnellen Abstoppens, kam aber nicht zu Schaden. Der 23jährige Inhabitant wurde nach dem Johannitertraumenshaus Dohna-Heidenau gebracht, wo er den schweren Verletzungen erliegen ist.

## Der Tod im Vehm

Crottendorf. Bei Erbsarbeiten wurde ein hiesiger Mann plötzlich von einem Unwohlsein erfaßt und stürzte in einer Redukale zu Boden. Da der Vorfall nicht sofort bemerkt wurde, erlitt die Bedauernswerte, der mit dem Gehirn nach unten zu liegen kam, im Schlamm.

## Geheimnisvoller Selbstmord eines hohen Finanzamtsbeamten

Annaberg. Infolge „Kernenzusammenbruchs“ hat sich am Montagmorgen der Vorstand des Annaberger Finanzamtes, Regierungsrat Dr. Weigenmüller, in seiner Wohnung erschossen. — Wertwürdige Kernenzusammenbrüche. Sollten die Herren gar etwa überarbeitet sein?

## Ein fetter Huppen

Am vergangenen Sonnabend wurde von einem Getreidehändler aus USA beim Verlassen des von Prag kommenden Schnellzuges im Dresdner Hauptbahnhof die Briefkassette vermischt. Die Kassette enthielt 1 Reichsmark über 10000 Dollar, 1 Reiseschein und 2 Fahrkarten 1. Klasse Prag-Dresden. Der Händler will die Verfassungen in Bohemien noch in keiner Kodiale gehabt haben. Es wird angenommen, daß die Briefkassette während der Bahnfahrt oder beim Aussteigen in den Händen in die Hände gefallen ist.

### Irreführung darf nicht sein...

Das Thermometer für die Unterbezirke wirkt ohne Festlegung der Ziele irreführend. Darum nachfolgend die von der...  
Pirna 1000 W., Rauschen 1000 W., Weichen 800 W., Freiberg 600 W., Ehrenbach 600 W., Bismarckwerda 500 W., Ottendorf, Ostritz 500 W.

Unverhofft — kommt oft...

Flüchtig ist das Thermometer für Ottendorf-Ostritz auf 60 W. in die Höhe geschmetzt. Wann kommen die Meldungen der anderen UB?

Genosse Knauth, Brahlwitz, sammelte in diesem Heften...  
Dort 25. St. auf die Gemeindefachmännliche, Genossen, mach's nach!

### Faschismus in Deutschland

Freitag, Am Dienstag dem 22. Oktober 1930 Uhr findet im...  
Herrn Hof, kleiner Saal, eine öffentliche Verlesung statt. Es spricht Genosse Martin Hoop über Faschismus und Kriegsgelahr. Arbeiter, erhebt in Massen und werdet Mitglied der KPD!

### Der Film als Unterführungserfab

Reichenau. Zu einer öffentlichen Werbeversammlung hatte auch hier der Zentralverband der Arbeitssinn...  
Die Teilnahme an der Veranstaltung war sehr zahlreich. Die Reden waren sehr interessant und haben die Teilnehmer sehr erheitert. Die Veranstaltung wurde von der KPD durchgeführt.

## Brandlerianer mit Sozialfaschisten beim Zusammenarbeiten

Jishahwiz. Die am Donnerstag dem 21. Oktober tagende Gemeinderatsversammlung hat gezeigt, welchen Weg die...  
Die Versammlung wurde von der KPD geleitet. Die Reden waren sehr interessant und haben die Teilnehmer sehr erheitert. Die Veranstaltung wurde von der KPD durchgeführt.

lich von dem Sozialfaschisten Lehner nicht auf die Tageword...  
Die Versammlung wurde von der KPD geleitet. Die Reden waren sehr interessant und haben die Teilnehmer sehr erheitert. Die Veranstaltung wurde von der KPD durchgeführt.

## „Klassenkampf“ um Mandate

Freiberg. Seit vielen Wochen rang die durch periodisch in...  
Die Versammlung wurde von der KPD geleitet. Die Reden waren sehr interessant und haben die Teilnehmer sehr erheitert. Die Veranstaltung wurde von der KPD durchgeführt.

gelegt. Diese Kalkulation wird bemängelt mit der Frage der...  
Die Versammlung wurde von der KPD geleitet. Die Reden waren sehr interessant und haben die Teilnehmer sehr erheitert. Die Veranstaltung wurde von der KPD durchgeführt.

## 20 Minuten Stadtparlament in Pirna

Die Gemeinderatswahlen stehen vor der Tür, und da man...  
Die Versammlung wurde von der KPD geleitet. Die Reden waren sehr interessant und haben die Teilnehmer sehr erheitert. Die Veranstaltung wurde von der KPD durchgeführt.

abhauf die Sozialisten, die Erwerbslosenfürsorge auf der...  
Die Versammlung wurde von der KPD geleitet. Die Reden waren sehr interessant und haben die Teilnehmer sehr erheitert. Die Veranstaltung wurde von der KPD durchgeführt.

der Mann, der hervorragend an der Verhinderung des...  
Die Versammlung wurde von der KPD geleitet. Die Reden waren sehr interessant und haben die Teilnehmer sehr erheitert. Die Veranstaltung wurde von der KPD durchgeführt.

## Ich bin Herr in meinem Hause

Klein-Kaubort. Der Kleingewerbetreibende, Schuhmacher...  
Die Versammlung wurde von der KPD geleitet. Die Reden waren sehr interessant und haben die Teilnehmer sehr erheitert. Die Veranstaltung wurde von der KPD durchgeführt.

die Mieter zu sein, sonst würde Herr Marten bei dem jetzigen...  
Die Versammlung wurde von der KPD geleitet. Die Reden waren sehr interessant und haben die Teilnehmer sehr erheitert. Die Veranstaltung wurde von der KPD durchgeführt.

Wähle darum Kommunisten!  
Arbeiterkorrespondenz 1508.

## Antifaschistische Arbeiterwehren

Bezirkskonferenz in Dresden  
am 26. Oktober, 19 Uhr, im Brandenburger Hof.  
Tagesordnung:  
1. Die politische Lage, National- und Sozialfaschismus und die Aufgaben der KPD.  
2. Anträge und Beschlüsse über Statuten.  
3. Wahl der Kartelleitung.  
Alle Gruppen müssen ihre Delegierten entsenden. Anträge sind bis 24. Oktober an die vorläufige Adresse Herzberg-Paulsen, Dresden-N., Wisladruffstr. 27, 3, zu senden.  
Das Organisationskomitee des Bezirkskartells Ohschafen.  
Quartiere bereitstellen!  
Für die Bezirkskonferenz der KPD benötigen wir Quartiere. Die Gruppen von Dresden melden sofort, wieviel auswärtige Kameraden sie unterbringen können.

## Rehau im Stadterordnetenkollegium

Geinnungswegler kurz vor Vadenstuh  
Freiberg. Die Stadterordnetenversammlung vom 18. Oktober, so...  
Die Versammlung wurde von der KPD geleitet. Die Reden waren sehr interessant und haben die Teilnehmer sehr erheitert. Die Veranstaltung wurde von der KPD durchgeführt.



# Mobilisiert zum Kampfkongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition!

II.

A. Z. Auch in Ostpreußen leben die wichtigsten Industrie-Gruppen vor entscheidenden Wirtschaftskämpfen. Die Eisenbahner, Legierarbeiter, Metallarbeiter haben auf revolutionären Gewerkschaftsoppositionskonferenzen bereits konkret zu den Forderungen Stellung genommen und die notwendigen Maßnahmen zur Durchführung dieser außerordentlichen Lohnkämpfe eingeleitet. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie Ostpreußens, die vorgibt, „revolutionär“ zu sein wie ihre Freunde im übrigen Reich, hat bei den Bewegungen dieses Frühjahrs eine der verräterischsten Rollen gespielt. Es ist nur an die Bewegung der Eisenbahner erinnert, wo tagtäglich von Seiten der Bezirksleitung des OEG der Presse Nachrichten übermittelt wurden, daß man streifen werde, um nach Fällung des Schlichtungsbeschlusses eben zu kapitulieren. Nicht anders hand es bei den Dresdener Straßenbahnern. Trotzdem diese „Linken“ immer und immer wieder erklären, daß sie mit der kapitalistischen Schlichtungsmaschinerie „nicht einverstanden“ sind, wurden von ihr alle Schlichtungsgebote und der Arbeiterchaft zur Annahme empfohlen. Den Weg der Erschließung der Lohnkämpfe durch die kapitalistische Schlichtungsmaschinerie wird die ostpreussische Gewerkschaftsbürokratie auch in Zukunft gehen, und ist es darum um so notwendiger, alle Maßnahmen jetzt schon zu treffen und in den Betrieben überall revolutionäre Kampfleitungen zu wählen. Würde die Arbeiterchaft diesen Weg nicht gehen, so läme dies einem Selbstmord gleich.

Im Zusammenhang damit steht die Frage der Vorbereitung der Betriebsrätewahlen. Waren die Betriebsrätewahlen 1929 schon nicht mehr formale Wahlen, zeigten sie schon den Kampf um rote, revolutionäre oder um wirtschafts-demokratische, arbeitgemeinschaftliche, sozialreformistische Betriebsräte, so werden die Betriebsrätewahlen im Jahre 1930 den Kampf um diese Grundfrage noch viel mehr in den Vordergrund rücken. In der Entscheidung des 10. Plenums des OEG: „Der wirtschaftliche Kampf und die Aufgaben der kommunistischen Parteien“ wird darum mit Recht gesagt:

„Die Eroberung der Betriebsräte (oder der Betriebsbelegierten) ist einer der wichtigsten Wege für die kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung zu den hauptsächlichsten Industriebezirken und Produktionszweigen. In der jetzigen Etappe der außerordentlichen Zuspitzung des Klassenkampfes bedeutet die Eroberung der Betriebsräte die Durchführung der Taktik „Klasse gegen Klasse“ unmittelbar im Betrieb, die Mobilisierung der Massen für die weitere Entfaltung der Wirtschaftskämpfe.“

## Die Stellung der Renegaten

Eine treue Hilfstuppe der Sozialfaschisten bilden die Renegaten. Selbst jedem Kampf aus dem Wege gehend, haben sie als einzige Partei: „Amintig die Bonzen“. Diese Stellungnahme der „erprobten“ Gewerkschaftler kam auch in dem Aufruf ihrer Reichsleitung „100-Millionenträuf“, den sie zur Erwerbslosenfrage herausgaben, zum Ausdruck. Es heißt darin:

„Macht jeden Willen, jede Kraft lebendig, um auf die Gewerkschaften den ganzen Druck der Massen auszuüben und sie zur Entfaltung einer einheitlichen, großen Aktion der Millionen der deutschen Arbeiterklasse zu zwingen.“

Wie weit die Renegaten schon im Papier der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben, zeigt das Mitteilungsblatt Nr. 4 vom Ende September 1929 der Ortsverwaltung Stuttgart des DGB, wo der Renegat Kraus unter der Kontrolle vom Jaulen zu den Wirtschaftskämpfen folgenden schreibt:

„Das bedeutet (der Reichstag des 12. Parteitages der SPD zu den Wirtschaftskämpfen) eine Ausrichtung der Gewerkschaften, auch der „revolutionären“ Gewerkschaften, bei Wirtschaftskämpfen überhaupt. Die Folge ist unteilbar eine noch weit größere Differenzierung und Berrimierung bei der Arbeiterchaft, und deshalb müssen wir uns mit aller Entschiedenheit sowohl gegen die Zerstückelung der Gewerkschaften als auch gegen die Selbstzerstückelung der Arbeiterchaft wenden. Mit höchstem Bewußtsein über die sozialfaschistischen Gewerkschaften leisten wir keine Erziehungsarbeit für den revolutionären Kampf.“

Kann man eine offenere Sprache für die Verteidigung der reformistischen Gewerkschaftstaktik führen, wie es hier der Fall ist? Einen Antrag der Metallarbeiteropposition Stuttgart, den streikenden Kohrlegern in Berlin 2000 Mark aus der Lokalkasse zu bewilligen, lebten diese „bedenklichen Strategen“ ab mit der Begründung, daß der Berliner Streik der Kohrleger ein „wildes“ Kampf sei und darum von ihnen nicht unterstützt werden könne. Der Vorstand des DGB kann Freude empfinden über eine solche „oppositionelle“ Ortsverwaltung!

(Fortsetzung folgt)

## Die IAW speist die Kinder der streikenden Kohrleger

Die bisherigen Mittel reichen nicht aus. Verkürzt die Solidarität in den Betrieben. Zeichnet auf Listen der Internationalen Arbeiterhilfe für die streikenden Kohrleger!

## 3dA-Bonzen gegen Gehaltserhöhung

Eine Verammlung der Fachgruppe Metall des Zentralverbandes der Angestellten fand am 16. Oktober statt. Auf der Tagesordnung stand ein Referat über die Lage in der Metallindustrie. Was der Referent Heinz aus diesem Thema machte, war ein Verlegenheitsgemisch aus Phrasen über Vollständigkeit der Verbandsmittel, Jugend-Klan, Rationalisierung und mehr.

Heinz erklärte, an der Arbeitslosigkeit könne man nichts ändern; es beständen aber Möglichkeiten zur Einschränkung durch gehobene Maßnahmen. Diskutieren müsse man über die Doppelverdienener. Die Angestelltenräte müssten sich darum kümmern, daß dort, wo Doppelverdienener entlassen werden sind die Stellen wieder besetzt werden. Dabei, daß der Kampf gegen Entlassungen ausgenommen werden muß und daß in den Reihen der Angestellten größte Einheitsfront im Kampfwillen notwendig ist, war in Heinz' „Referat“ nichts zu hören.

Nach verschiedenen Windungen gelangte Heinz zum Kern der Sache: zur Begründung der Nichtfälligkeit des Tarifs durch den 3dA.

Die Verbandslitung hat sich — nach Heinz — von außenpolitischen Ermäugungen leiten lassen. Sie wollte die Lage genau beobachten, um eine eventuelle Verbesserung abzuwarten. Die Angestellten könnten zwar durch Beschluß die Kündigung verlangen, praktisch sei aber dieses Verlangen unwirksam, weil die Angestellten unklar zum Kampf seien. Im übrigen könnten sich **Perdons Gehälter** leben lassen! Man müsse ferner bedenken, daß es nicht allein notwendig sei, sich lohnpolitisch zu betätigen. Wichtig sei, Einfluß auf die Preisgestaltung zu erlangen.

Die Diskussion nach dem außerordentlich mageren Ausführungen Heinz' erwähnte Genosse Hertbert Wehner. Er stellte zunächst fest, daß Heinz über die Lage in der Metallindustrie nichts zu sagen vermocht hat. In dem Referat schloß jeder Hinweis auf die hohen Ausfuhrzölle und die Unternehmerrücklage in der Metallindustrie. Ueber die Vertrauensfrage, die auch im internationalen Ausmaß erfolgt — wie die Verteilung von HGB und General Electric zeit —, hat Heinz kein Wort verloren. Er hat ferner nichts gesagt über die Massenentlassungen, ebenso schweig er sich über die Verschlechterung der Erwerbslosenunterstützung. An Hand von Ausprüchen reformistischer Gewerkschaftsführer kennzeichnete Gen. Wehner die Rolle der Reformisten. Am Beispiel des Kohrlegerstreiks wies er den sozialfaschistischen Charakter der Bürokratie nach.

Dem Heinz der fähigen machte, daß er mit seinem Gesamtwerk seinen Eindruck hinterlassen hätte, war es schließlich unangenehm, daß die Anwesenden mit ungetriebener Aufmerksamkeit die Ausführungen des Gen. Wehner aufnahmen. Die scharfe Abrechnung wegen des Verrats den die Bürokratie begangen hat, indem sie nicht nur mit einer Bewegung um Gehaltserhöhung zu organisieren, brachte ihn fast aus der Fassung.

Den Ausführungen Wehners trat ein ausgemachter Sozialfaschist entgegen, der sich in Rücklandbene übte und betonte: „Wir sind Deutsche! Wir wollen als Deutsche mitbestimmen!“

Heinz brachte im Schlußwort, das noch zerfahren und inhaltslos war als das „Referat“, sich nicht mehr lange mit dem Gen. Wehner auseinanderzusetzen zu lassen. Die Vergangenheit

## „Linke“ Unterführungsgründer als Jugendfreunde

Im „Klassenkampf“ Paul Denis feiert der Berliner SPD-Führer Croner die neue Reform der Arbeitslosenversicherung. Natürlich sind nach Croner keine Verschlechterungen eingetreten, er behauptet, das neue Gesetz bringe nur begründete Verbesserungen. Wie Croner zu diesem Resultat kommt, sei an einem Beispiel gezeigt. In der neuen Verlängerung der Anwartschaftszeit (von 26 auf 32 Wochen) für solche Arbeiter, die zum erstenmal Unterstützung beantragen, schreibt Croner:

„Für den Proletarier hat diese neue Bestimmung keinerlei praktische Bedeutung; er hat allemal ein Jahr in Arbeit gekauften, bevor er zum erstenmal in seinem Leben arbeitslos wird.“

Alle Achtung vor der Entwicklung eines solchen Grades von Ideologie. Dieser Croner ist noch in dem altmodischen Gedanken befangen, daß jeder schulentlassene Proletarier erst mal einige Jahre Lehrling wird. Dieser Croner braucht nicht zu wissen, daß zur Zeit ungefähr einer Million Lehrlinge fünf Millionen ungelernete jugendliche Arbeiter gegenüberstehen. Dabei sind gerade die jetzigen jungen Proletarier, die aus den Familien kommen, die am meisten hungern, nicht in der Lage, ein Verhältnis einzugehen. Wie schwer wird es aber denjenigen, die sofort nach der Schulentlassung als ungelernete Arbeiter Geld verdienen müssen, ständige Arbeit zu finden! Da die Anwartschaft erst erworben ist, wenn ein junger Arbeiter innerhalb der letzten zwei Jahre die 32 Wochen gearbeitet hat, so wird es viele von ihnen geben, die diese Anwartschaft entweder gar nicht oder erst nach mehreren Jahren erwerben können. Das bedeutet aber, daß Tausende jugendlicher Arbeiter bei Arbeitslosigkeit mittellos auf der Straße liegen werden.

Die Levi-Beute sind dazu da, alle ungeheuren Verschlechterungen wegzulügen. Aber wir sind dessen gewiß, daß die Arbeiterchaft mit diesen schamlosen Tricks grübelich abrechnen wird.

habe gelehrt, daß Wehner und die Opposition nicht von ihrer Inaktivität absehen. Deshalb mußte Schluß gemacht werden.

Das bedeutet, daß Kommunisten und oppositionelle Angestellte im 3dA nicht mehr geduldet werden. Bisher „begnügliche“ sich die Bürokratie mit dem Verbandstagsbeschlüssen, Kommunisten wober zu Funktionären noch zu Delegierten zu beschließenden Verammlungen wählen zu lassen. Jetzt lassen diese Diktaturbeschlüsse, durch die die Kommunisten zu Mitgliedern 2. Klasse gemacht wurden, verhärtet werden!

Heinz nannte Wehner einen Nationalisten, weil er Gegner der Vereinigung der HGB mit General Electric sei. Ferner bezeichnete er ihn als Reaktionsär, weil er die Angestellten in den Betrieben hören und entscheiden lassen wollte. Die Unorganikeren sind für mich gar nicht da!“ rief er mit Pathos. Den Juchzentur, wober er denn die neuen Mitglieder nehmen wollte, „überhörte“ der Redner. Belustigt wirkte, daß er der Opposition vorwarf, sie habe erreicht, daß so wenig Mitglieder die Verammlungen besuchen, während er vorher geröhrt hätte, die Organisation habe treu zur Führung und werde von den Treibereisen der Opposition nicht berührt.

Eine Abstimmung über die Tarifbindung fand nicht statt. Ein pfaffenmeister Verschleppungsantrag, der die Leitung verpflichtet, sich im Frühjahr mit einer Gehaltsregelung zu befassen, wurde bei zahlreichen Stimmenthaltungen gegen die Stimmen der Opposition angenommen, nachdem ein Wirttrauenantrag abgelehnt worden war. Es zeigt sich, daß die Mitglieder des 3dA immer weniger Vertrauen zur Leitung haben, daß es den meisten aber noch an der Entschlossenheit fehlt, offen den Kampf aufzunehmen.

Die zum Schluß verteilte Zeitung der Opposition fand Harke Kulkmerksamkeit. Sie ist ein neues wichtiges Kampfmittel der Opposition, das die Bürokraten schon fürchten — polemisierten doch der Verammlungsleiter und Heinz ausgiebig gegen das Blatt und die „Trabikler von links“.

Die Angestellten der Metallindustrie, die in den besten Verhältnissen leben, sind wieder einmal betrogen! Sie sollen hungern — so wollen es die Bürokraten. Sie werden lernen, daß Erfolge nur erzielt werden können, wenn die reformistische Bürokratie durch die Oppositionsfront zur Strecke gebracht wird.

## Deutscher Verkehrsbund, Ortsverwaltung Dresden

Wittwoch, 23. Oktober, 1930 Uhr, im großen Saale des Dresdener Volkshauses, Rittenbergrstraße 2:

### Quartals-Generalversammlung

Tagesordnung: 1. Bericht vom außerordentlichen Kundestage in Berlin; 2. Geldfrage, Rollen- und Revisionbericht; 3. Anträge; 4. Verbandssangelegenheiten.

Die Generalversammlungsbeteiligten sind zur Teilnahme verpflichtet. Einladungsliste und Mitgliedsbuch dienen als Ausweis. — Mitglieder, die sich als solche ausweisen, können als Zuhörer auf der Galerie teilnehmen. Etwas später Anträge und unter schriftlicher Begründung spätestens eine Woche vor Stattfinden der Versammlung an die Ortsverwaltung einzureichen.

Die Ortsverwaltung, J. H. Hermann Rolle.

# SCHKID

## DIE REPUBLIK DER STROLCHE

Copyright by Verlag der Jugendinternationale, Berlin 1929

Grischka beobachtete Kollas giftigen Blick und überlegte, ob er es darauf ankommen lassen sollte oder nicht; dann sagte er sich aber, daß das gar nicht nützlich sei, und ließ sich von Spak wegziehen.

„Brauchst dich vor dem Zigeuner nicht zu fürchten! Er ist ein großes Biest, aber er bekommt schon sein Fett. Noch dir keine Sorgen. Jetzt im Moment tut er dir nichts“, sagte Spak leise zu Grischka, der neben ihm saß.

Grischka schweig. Ab und zu lauschte er mit baldem Ohr nach dem giftigen Flüstern des schwarzen Gegners:

„Jansel ist da. Jansel will Krieg führen.“

Aber die Klasse stand nicht auf seinen Kollas. Jansel hatte sich bereits die Sympathien der Kameraden erobert; außerdem bestand keinerlei Reizung, die Neuen zu hehen.

In der Schik hatte sich bereits die Sittte eingebürgert, jedem Neuen, der sich noch nicht eingelebt hatte, mit Freundschaft und Güte und nicht mit der Faust zu begegnen.

Jemand im Korridor läutete es.

„Die Stunde fängt an“, erklärte Spak und fügte hinzu: „Bon jetzt ab, Jansel, wollen wir auf dieser Bank zusammen-sitzen. Wollst du?“

„Ja“, sagte Jansel belriedigt, und zum erstenmal fühlte er, daß er so etwas wie ein Ufer, wie einen hellen Hofen erreicht hatte, von wo er sich lange nicht mehr loszureißen brauchte. Im Korridor läutete die Glocke noch immer.

### Japanischer Tabak

Es zeigte sich allmählich, daß Biskinor damals ganz recht hatte, als er den neuen Jüngling einen fähigen, begabten Jungen nannte.

Als der begabte Jansel schon über eine Woche in der Schik war, beschloß man, seine Fähigkeiten bei der sozialen Arbeit auszunutzen.

Unter den paar Duzend jugendlicher Strolche gab es keine besondere Gelegenheit für wichtige soziale Arbeit. Es gab nur

eine besonders ehrenvolle und wichtige Pflicht, den Küchendienst. Der Ordnungschüler, den die Lehrer ernannten, hatte Brot und Lebensmittel aus der Vorratskammer zu holen, wo ein grauhäariger, alter Defonom über Wohl und Wehe der Schüler-mägen regierte.

Der Ordnungschüler nahm täglich die Rationen in Empfang und brachte sie in die Küche zu der allmächtigen Köchin, die mit der Geschicklichkeit eines Zauberflüßlers aus den knappen Gruppen- und Heringsportionen ein Mittagessen, bestehend aus zwei Gängen, und ein Abendbrot aus drei bestellte.

Jansel wurde zum Ordnungschüler ernannt; da dieses Tätigkeitsfeld neu für ihn war, bekam er zu seiner Anleitung und Unterstüzung einen anderen Jüngling, den Kollas.

Als die winterlichen Sonnenstrahlen schon über die warmen Wände des Schlafraums zu hüpfen begannen, erhob sich der dicke und melancholische Kollas finster aus seinem Bett und sagte heiser, während er die Stiefel anzog:

„Jansel, ich auf, du bist Ordnungschüler.“

Jansel hatte keine Lust, aufzustehen, Zufummengerollt; aber lang ausgeleckt schlarrten rings im Zimmer acht junge Kette; er hatte große Lust, sich die warme Decke über den Kopf zu ziehen und zusammen mit ihnen weiterzuschlafen.

Hinter der Wand kimperte das Klavier. Herblühend übte mit einem Finger irgendeine einfache Melodie. Wenn Herblühend kimperte, bedeutet das: es ist acht Uhr.

Jansel reichte sich träge und fragte Kollas:

„Hast du was zum Rauchen?“

„Ne.“

Reihe lagen haltig die Hosen an und gingen in die Vorrats-kammer.

Die Vorratskammer war auf dem Boden. Auf dem Treppena-bzug darunter wohnte der Defonom. Ein leises abgeperrter Korridor trennte sein Zimmer von der Schule, und man mußte lange klopfen, bis der Defonom hörte.

Jansel und Kollas blieben vor dem Korridor stehen. Kollas reichte sich laut, schlug mit der Faust an die Tür, um den Defonom herbeizubolen, und hielt dann ganz vermunbert inne.

Die Tür hatte sich von selber geöffnet.

„Sieh mal an, der Kell! Er hat vergessen, abzuschließen!“ brummte er vorwurfsvoll, winkte Jansel, ihm zu folgen, und trat in das Dunkel.

Sie tauchten sich bis zur zweiten Tür durch, öffneten sie und kamen in das Vorzimmer, dessen helles Licht sie blendete.

Hier war es so warm und gemütlich, daß die verschlafenen Sozialarbeiter jögerten, den Defonom zu wachen, um noch einige Augenblicke der Ruhe und der Einsamkeit zu genießen.

In diesem Augenblicke ereignete sich die ziemlich einfache aber denkwürdige Sache, bei der Jansel zum ersten Male seine Fähigkeiten zeigte.

Kollas stand da, bemüht, keine ungewöhnliche Schickigkeit zu überwinden und sich auf den Gedanken zu konzentrieren: „Wir müssen den Defonom wachen!“ In dem Augenblick, als die Willenskraft über die Faulheit zu siegen schien und er schon an die Türhinge greifen wollte, hörte er plötzlich Jansel mit merklich veränderteter Stimme flüstern:

„Wollst du tauchen?“

„Und ob! Natürlich!“ Als die Energie, die er gesammelt hatte, um die Tür zu öffnen, fast zum Ausbruch in der Art, wie er herumfuhr und energisch rief:

„Ja!“

„Dann rausch doch! Hier ist Leback!“

Kollas folgte Jansels Winken und erstarrte, als er auf den Tisch sah.

In peinlich gerader Linie lagen da lauter braune Bierstiel-pfandpächchen Tabak. Das erlehrte Raucherauge stellte sofort die Aufschrift fest: „Reife Sorte B.“ An die vierzig Päckchen werden das sein.

Sie sahen sich an und kamen ohne weitere Verabredung zu dem gleichen Ergebnis:

„40 — 2 = 38. Hoffentlich merkt man nicht, daß was fehlt.“

Immer noch schweigend gingen sie zum Tisch, hielten jeder ein Päckchen in die Tasche und schlichen auf den Jochenpfein aus dem Zimmer.

Die schlaftrige Stille des Schlafraumes wurde durch ein Knarren der Tür aufgehehrt, und zwei aufgeregte Buschen härmten herein.

„Jungens! Tabak!“

Mit einem Rud tauchten acht Köpfe unter den Decken her-vor. Acht Paar Augen befeamen einen leuchten Glanz, als sie in den erhobenen Händen Kollas und Jansels je ein Päckchen sahen, guten Tabaks erblinden.

Der erste, der die Fassung wiedergewonnen war der Zigeuner. Er sprang aus dem Bett, unterstuchte die mumberbaren Päckchen mit aller Gründlichkeit und fragte drohend:

„Wo habt ihr die her, ihr Biester?“

Die Ordnungschüler deuteten flamm mit den Köpfen in die Richtung, in der das Zimmer des Defonom lag.

Der Zigeuner härmte auf und davon und verschwand hinter der Tür. Die Jungen blieben still zurück in qualvoller Erwartung.

„Gutra, Biester! Da schaut!“

Dresden-Neustadt

II. Fleisch- u. Wurstwaren
Albert Jähne

Metropol-Lichtspiele
Windmühlenstraße 5b

Walter Schmidt Nachf.
Kurfürstenstraße 27

Feine Fleisch- und Wurstwaren
Oswald Wolf

Waffeln-Produkte Wag Maria

Restaurant zum Sportfreund

Heinrich Richter

Dampf-Lohnwäscherei

Sub-Sein

St. Pauli-Apotheke

Porzellan Ed. Konrad

Neu! Gaststätte F. Meier Neu!

Musik-Dunkel

Richard Weber

Warenhaus Meidner & Co.

REFORM-KUNDE
Bettdecken, Vorhänge, etc.

Warenhaus Meidner & Co.

Möbel MAX KÜHNEL
Kaufm. Fachgeschäft für Möbel

Neue Dresdner Beerdigungs-Anstalt
CONCORDIA
Otto Lamprecht & Co., G. m. b. H.

Sport und Trikotagen Kaden

T.B. Lichtspiele
Bischofsplatz 2-4

Kauft KOHLEN
Kretschmar & Munkelt

Textilwaren
FRITZ DAMM

Kaffee Alexander Beckert

Friedrich Wülfel

Lebensmittel
A. Kirschner

Moden-Warenhaus
Paul Katze

Wartshalle Hermann Goldberg

Glau & Pötschke

Wäderei u. Konditorei
Max Vogel

Tanzpalest Orpheum

Brillen Schenk

Karl Thomas

Musikhaus Otto

Strümpfe Trikotagen
Wäsche Mähartikel
ALFRED BACH

Fleischerei und Speisehaus

Martin Waldeck

Arh.-Verkehrslokal „Görliitzer Garten“

Kurt Wünschmann

Wachtelohänke

Neu! Gaststätte Adlerhorst

Lebensmittel-Herrmann

H. Mauksch Nachf.

Hüte • Mützen • Herrenartikel

II. Fleisch- u. Wurstwaren

Blumen-Geschäft

Jul. Gubisch

Haftstätte zum Hadeperer

Zoologische Handlung

Lebensmittelhaus

Bäckerei • Konditorei • Café

Möbelhaus „Union“
ist billig!

Arbeiter, kauft eure Möbel nur bei König!

Erich Fischer

G. Werner

Verkehrslokal der Arbeiterschaft

Onkel Willi

Restaurant Franz Mittel

Feine Fleisch- und Wurstwaren

Bruno Gerstenberger

Stich-Geb

Helene Tittmann

Haber's Schuh

Friedrich Klotz G. m. b. H.

Eisenwaren • Werkzeuge

Messingwaren und Werkzeuge

Fisch-Oehme

Feine Fleisch- u. Wurstwaren

Wartshalle Paul Conrad

Schuhhaus Knobloch

Heinrich Hauswald

Bettfedern-Reinigung

Verkehrslokal der organisierten Arbeiterschaft

Winkelmanns Restaurant

Uhren aller Art • Goldwaren

Ewald Löschbor

Vieno Einert, Bäckerei

Vogeländisches Musikhaus

Rebital-Drogerie G. Stephan

Sprechapparate

Dr. Glavicef

MM

Möbel-Mühle

Erdmann Anders

Modehäuser Schnurpel

Paul Härtel

Gaststätte Emil Friebe

Robians Großbäckerei

Musik-Noack

Joh. Georg Thomas

Hirsch-Apotheke

Zigarrenhaus Steinacker

Hirsch-Drogerie

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Hermann Schubert

Willy Starke

Lilien-Drogerie

Honigkuchen-Bäckerei

Opfiter Bräuer

Molke-Apotheke

Hommels Schokoladenhaus

Kaufhaus Fanger

Schokoladen Konitore

N. Marschan

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte

Dampf-Wäscherei „Edelweiß“

Barbara-Apotheke

Feine Fleisch- und Wurstwaren

Feine Fleisch- u. Wurstwaren

Th. Richter

Th. Richter

Trachenberge

Kolonialwaren

Grumbach

Drogen- und Farbenhandlung

Marien-Drogerie

LORZ KURBAD

Kolonialwaren